



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

81 (17.2.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201978](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201978)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Realpolitik oder Illusion?

Berlin, 17. Februar.

(Von unserem Berliner Büro.)

Im Reichstag hat gestern Herr Dr. Rathenau als Minister des Auswärtigen debütiert in einer sympathischen und dankbaren Rolle. Er hat den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag eingeführt, von dem er nicht mit Unrecht bemerkt, daß er keine neue Stellungnahme Deutschlands zum Gedanken der Schiedsgerichte bedeute.

Es war nicht klug, die vermutlich gar nicht ernst gemeinten Versuche, den Frieden der Welt durch ein internationales Schiedsgerichtsverfahren zu stabilisieren, mit einem starren Prinzipialismus obata abzulehnen. Vielleicht sind wir dabei die ehrlicheren gewesen, aber wir sehen uns so von vorn herein ins Unrecht und machen es den anderen leicht, uns als die den Krieg Beginnenden und Unruhestifter bei der öffentlichen Meinung der Welt zu verurteilen.

Man soll es wünschen und jeder in seinem Teil sich darum bemühen. Am letzten Ende wird der Erfolg davon abhängen, ob — nicht von heute zu morgen, aber im Laufe einer im besten Falle sehr langen Entwicklung — ein neuer Geist über die Völker kommt. Wer nur die gegenwärtige europäische Mentalität auf sich wirken läßt — Frankreich, Polen, die Türkei, auch Sowjet-Rußland — wird, zumal wenn er von Haus aus pessimistisch gestimmt ist, geneigt sein, mit dem Kommunismus Frölich von einer romantischen Illusion zu sprechen, nur daß der Pessimismus uns zur Taktlosigkeit, zum fatalistischen Geschehen und Gewährenlassen verurteilt.

Hinterher — der deutsch-schweizerische Schiedsvertrag wurde sofort in allen drei Lesungen angenommen — erlebte man noch, fünf- bis sechsmal unterbrochen von der freudlichen Übung des Hammersprunges, die zweite Beratung des Reichsmietengesetzes.

Mehrheit ohne Klarheit.

Die Koalitionsfrage.

Berlin, 17. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Herr Scheidemann ist geneigt, den Wert der Abstimmung vom Mittwoch nicht so hoch einzuschätzen, wie das selbst in sozialistischen und Zentrumsblättern geschehen ist. Er vertritt im „Vorwärts“ einen Leitartikel unter der nächsten Überschrift: „Mehrheit ohne Klarheit“, in dem er ausführt, die Situation sei jetzt so, daß die Regierungsparteien noch immer Zuwachs entweder von links oder von rechts haben müßte, wenn sie überhaupt arbeitsfähig werden soll.

welters ab. Dafür ist in einer Nachschrift, die sie dem Artikel folgen läßt, auch die Redaktion des „Vorwärts“. In einer anderen Stelle des Blattes freilich wird erklärt, von der großen Koalition dürfe in den nächsten Monaten nicht gesprochen werden. Und in der „Vossischen Zeitung“ lehnt Herr Bernhard die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition wegen des von ihnen an Herrn Dr. Wirth begangenen Satireleses rundweg ab.

DRB. Berlin, 17. Febr. Philipp Scheidemann befahte sich im „Vorwärts“ mit der Notwendigkeit einer sicheren Mehrheit für die Steuerpolitik. Er geht im Verlaufe seiner Ansichten darauf ein, wie stark die Steuerlast in Deutschland angezogen würde und wie die Umsatzerlöse der arbeitende Bevölkerung in geradezu furchtbarer Weise belastet. Auch bei den Besitzsteuern lägen die Verhältnisse nicht einfach. Es wäre leicht möglich, daß die gesamte deutsche Volkswirtschaft ruiniert werde, ohne daß wir den Anforderungen genügen könnten, die von der Entente an uns gestellt würden.

München, 17. Febr. (Eig. Drahtber.) Am Donnerstag nachmittag hat im Landtag, wie die „M. N. R.“ berichten, eine neue Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit Vertretern der Fraktion der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei über die Frage der Koalitionserweiterung stattgefunden.

Deutscher Reichstag.

DRB. Berlin, 16. Februar.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages, auf deren Tagesordnung zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag steht, nahm der neue

Außenminister Dr. Rathenau

das Wort zu folgenden Ausführungen: In dieser ersten Stelle, wo es mir obliegt, mich Ihnen als Vertreter des Auswärtigen Amtes vorzustellen, kann ich mich noch nicht ausführlich über mein Programm äußern. Der Ihnen heute unterbreitete Vertrag erscheint als ein gutes Omen für die Schiedsgerichte der Zukunft, und deshalb erlaube ich mir, ihn mit ganz wenigen einleitenden Worten zu begrüßen. Die Schweiz ist ein Land, mit dem uns jahrhundertlang gemeinsame Kultur und enge Handelsbeziehungen verbinden. Dieser Vertrag des Ausgleiches und Rechts ist eine neue Stellungnahme Deutschlands zu dem Gedanken des Schiedsgerichts, anders als die Stellungnahme Deutschlands zu dem Schiedsgerichtsgebanten im Haag. Es gilt hier, den Rechtsgeboten des Schiedsgerichts zu befrichtigen durch einen Vertrag, der eine absolute Rechtsgrundlage bildet.

Nach der Rede des Reichsaußenministers Dr. Rathenau nahm Abg. Dr. Schäding (Dm.) das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er als Vorsitzende der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union das Gesetz mit Freuden begrüßte. Das neue Deutschland sehe ein, daß die Rechtspolitik zu keinem guten Ende führe und der Geist der Verschönerung überlasse den vorliegenden Vertrag, der nicht nur ein Bindeglied zwischen der schweizerischen und der deutschen Regierung sein solle, sondern auch zwischen beiden Völkern.

Abg. Braun-Franken (Soj.) betonte kurz, der Vertrag eröffne eine neue Ära der internationalen Zusammenhänge. Der Gedanke der Völkerverständigung habe längst das Bestreben der Sozialdemokratie beherrscht.

Abg. Dr. Kahl ebenfalls seine Bemerkung über den Vertrag aus. Auch seine Partei wolle Streitigkeiten möglichst durch Verträge beilegen, könne aber nicht glauben, daß dieses Ziel erreicht werde. Er verweise auf Oberschlesien, das durch Rechtsbruch usw. entrisen sei.

In warmen Worten gab der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber seiner Befriedigung über das Zustandekommen des Vertrages Ausdruck.

Sogar die Unabhängigen, als deren Sprecher Dr. Beckfeld die Rednertribüne betrat, sind mit dem Vertrage zufrieden. Allerdings konnte es Dr. Breitscheid nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß unter Umständen ein solcher Vertrag doch nur ein feiges Papier sei, den man zerreißen könne.

Von den Kommunisten begrüßte der Abg. Frölich die Gelegenheit, um auf einen Vertrag mit Rußland hinzuweisen. Damit schloß die Besprechung. Der Vertrag wurde ohne weitere Debatte auch in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgte die erste Lesung eines Gesetzentwurfes betr. eines Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Oesterreich in der Angelegenheit der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Auch diese Vorlage wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Kunmehr ging das Haus zur Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsmietengesetzes über.

Zu § 1 beantragte

Dr. Strefemann (D.V.P.) den Abschluß zu freilegen, wonach auf Verlangen der Gemeindeführer das Mietvertragsamt Vereinbarungen über die Mieten von Gebäuden und Räumen nachprüfen und bei schweren Unbilligkeiten anstelle der Vertragsmiete die gesetzliche Miete festzusetzen hat.

Dieser Antrag wurde mit 169 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Kompromißantrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach die oberste Landesbehörde für das ganze Land oder bestimmte Gemeinden oder bestimmte Teile anordnen kann, daß das Mietvertragsamt die Nachprüfung und Festsetzung der Vertragsmieten auch von amtswegen vornehmen kann und daß jede Vereinbarung über die Höhe der Mietzinsen der Gemeindebehörde oder dem Mietvertragsamt anzugeben ist.

Der ganze § 1 wird angenommen. Bei § 2, der die Berechnung der gesetzlichen Miete regelt, beschwor

Abg. Winnefeld (D. V. P.)

einen Antrag, wonach 1) die Grundmiete die angemessene Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals sowie eine angemessene Abschreibung bieten muß und 2) daß eine Erhöhung der Miete nicht gerechtfertigt ist, wenn das Angebot von Räumen vom 1. Juli 1914 die Nachfrage übersteigt. Der 1. Teil des Antrages wurde mit 104 gegen 138 Stimmen abgelehnt, der zweite Teil angenommen. — § 3, der die Zuschläge zur Grundmiete vorseht, wurde mit der Änderung angenommen, daß nicht die Kosten für die Erneuerungszuschläge beanspruchen sollen, sondern die Steigerung der Kosten. — § 7 (große Instandsetzungsarbeiten) wurde in der Form des Kompromißantrages angenommen. Eingefügt wurde ein neues § 8, der vorseht, daß die Gemeindebehörden berechtigt sein sollen, im Falle der Verigerung des Hausbesitzers die Instandsetzungsarbeiten selbst vorzunehmen.

Zu 10 (Befreiung der Hundesteuer) beantragte die Deutsche Volkspartei Einlegung eines Härteprogramms, in dem es heißt: In Fällen, in denen das Gesetz in seiner Anwendung zu Härten führt, insbesondere wenn die Zuschläge in einzelnen Fällen nicht ausreichen, um die Bewirtschaftung des Hauses zu ermöglichen, hat das Mietvertragsamt die erforderlichen höheren Zuschläge festzusetzen. Der Antrag wurde mit 150 gegen 130 Stimmen abgelehnt.

Der § 16 (Mietervertretungen) wurde angenommen.

Der Rest des Gesetzes wurde in der Fassung des Ausschusses mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen.

Das Gesetz soll mit dem 1. April 1922 in Kraft treten.

Damit war die zweite Lesung erledigt. Die dritte Lesung wird voraussichtlich am Dienstag kommenden Woche stattfinden.

Das Haus vertagte sich gegen 7 Uhr auf Freitag nachmittag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Reichspflegermaßnahmen für das Saargebiet.

Zum Eisenbahnerstreik.

Die Disziplinarmaßnahmen.

DRB. Berlin, 16. Febr. In der Beamtenenschaft herrscht ebenso wie im Privatpublikum vielfach noch Unklarheit über die disziplinarischen Maßnahmen, die nach den Richtlinien des Reichskabinetts anlässlich des Beamtenstreiks zu treffen sind.

Nach diesen Richtlinien dürfen nur solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden, die Urheber des Streiks waren, Sabotage oder gewalttätige Eingriffe verübt oder andere Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht behinderten. Gegen unfähige Beamte, die solcher Handlungen beschuldigt sind, ist im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens vorzugehen. Bei der Einleitung dieses Verfahrens werden die in Frage kommenden Beamten vom Dienste entlassen. Stellt sich bei der Untersuchung heraus, daß der oben erwähnte Tatbestand nicht zutrifft, so wird das Verfahren eingestellt.

Bei kündbaren Beamten tritt an Stelle der Einleitung des Disziplinarverfahrens die sofortige Entlassung. Stellt sich die Entlassung als nach den Grundgesetzen nicht gerechtfertigt heraus, so wird sie durch die Stelle, die sie ausspricht, zurückgenommen.

Gegen Beamte, die durch Wort oder Tat zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks aufgereizt und gegen solche Beamte, von denen infolge ihrer Stellung ein besonderes Verantwortlichkeitsgefühl erwartet werden müßte, werden Ordnungsstrafen und zwar Warnungen oder Verweise verhängt. Verweisen jedoch nur in besonderen Fällen. Keinerlei disziplinarische Maßnahmen sollen erlassen werden gegen die von Richtlinien beim Streik. Sie verlieren jedoch, wie alle am Streik Beteiligten, selbstverständlich die auf die Streiktage entfallenden Einkommensbezüge.

Mit besonderer Einnahme soll gegen Bedienstete vorgegangen werden, die etwa Beamte wegen ihrer Pflichtenverletzung angegriffen haben. Einmalig hat bereits vor dem Streik der Reichsverkehrsminister die Verurteilungen von Beamten zur Reichsverkehrsverwaltung zurückgenommen. Gegen diejenigen von diesen Beamten, die der Aufforderung zum Dienstreit keine Folge leisteten, wird in allen Fällen das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet.

Durch besondere Anordnungen ist Vorsorge getroffen, daß die eingeleiteten Verfahren mit möglicher Schnelligkeit durchgeführt werden. Alle Beschwerdeverfahren sind selbstverständlich den Beamten gewährt.

Aus Vorstehendem geht hervor, daß sich die Reichsbahnverwaltung genau an die Richtlinien des Kabinetts hält und

daß sie bei der Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente voll würdigen. Es entspricht andererseits ihren Verpflichtungen gegenüber der Staatsautorität und gegenüber den pflichttreuen gebildeten Beamten, wenn sie die weitere Zusammenarbeit mit den an dem völlig unberechtigten Streik beteiligten Beamten für die Zukunft ablehnt. Die Zahl der Disziplinarkasse wird, sobald darüber etwas genaues bekannt ist, mitgeteilt werden. Schon jetzt darf aber darauf hingewiesen werden, daß die mehrfach von interessierter Seite in die Presse gebrachten Nachrichten falsch sind und daß alle Zahlen zu würdigen sind unter Vergleich mit der Gesamtzahl der Streikenden, die auf mindestens 100 000 geschätzt werden muß.

Bekämpfung einer neuen Streikbewegung.

□ Berlin, 17. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Die Beratungen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten haben sich gestern bis in die Rittersaalstraße hineingezogen und sollen heute fortgesetzt werden. Einstweilen liegt ein eingehender Bericht noch nicht vor. Nur die „Börsenzeitung“ weilt zu erzählen, daß die Vertreter der westlichen Industriebezirke, der Eisenbahndirektionen Frankfurt a. M. und Breslau unter Hinweis auf die Beamtenmaßnahmen für einen neuen Streik eingetreten wären, indes hätte die Berliner gemäßigte Richtung unter mehrheitlich sozialistischem Einfluß die Radikalen langsam immer mehr zurückgedrängt. Spät abends seien dann die Radikalen schon bereit gewesen, auf eine neue Aktion zu verzichten, unter der Bedingung, daß die Reichsgewerkschaft eine neue Eingabe an den Reichsstaatskanzler und an das Reichsverkehrsministerium mache, in welcher die Forderung ausgesprochen werden solle, daß die bekannten Richtlinien des Kabinetts noch weiter gemildert würden.

Weitere Erhöhung der Gütertarife.

□ Berlin, 16. Febr. Die Ausgaben der Reichsbahn haben sich in letzter Zeit bedeutend erhöht. In die Erhöhung werden erhöhte Stundenlöhne und besonders Uebersteuerungszuschläge gezählt. Der Steuerzuschlag an die Beamten wurde seit dem 1. Januar um 2000 M. erhöht. Die Besatzungszulage erfährt eine Erhöhung um 50%. Die Besatzung der Reichsbahn durch diese Beiträge beläuft sich auf rund 3 Milliarden M. Da erfahrungsgemäß mit der Erhöhung der Bezüge auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, ist mit einer Ausgabensteigerung von insgesamt 6 Milliarden M. zu rechnen. Die Bewilligung von Uebersteuerungszuschlägen für Beamte steht noch bevor.

Die Reichsbahn erhöht zur Ausgleichung dieser Mehrausgaben die Güter- und Tier-Expediturtarife, die bereits zum 1. Februar eine Steigerung erfahren haben, zum 1. März wiederum um 20%. Eine weitere Heraushebung der Tarife ist nicht möglich, da die Ausgaben zum größten Teil bereits seit 1. Januar eingetreten sind. Die Privatbahnen wurden ermächtigt, sich der neuen Tarifserhöhung anzuschließen.

Die Arbeiten der Reichsbahn, die auf die Bilanzierung des Haushalts auch durch eine Verringerung der Ausgaben hinauslaufen, sind in vollem Gange. Im Haushalt für 1922 sind beispielsweise bereits über 50 000 Köpfe weniger vorgesehen, als zurzeit vorhanden sind. Von diesen sollen schon bis 1. April 20 000 eingespart werden. Auch Ersparnisse an Material, besonders an Kohle und Schmieröl sind durch besondere Maßnahmen schon für die nächste Zeit sichergestellt.

Die neuen Tarife stellen eine starke Belastung des Wirtschaftslebens dar, sind aber, abgesehen von der Notwendigkeit der Bilanzierung des Eisenbahnhaushalts, durch die fortgesetzten Preissteigerungen für alle Güter gerechtfertigt. Solange diese Aufwärtsbewegung der Preise anhält, kann sich die Reichsbahn dieser Entwicklung nicht entziehen.

Widerstandsfähigkeit gegen die Streikgefahr

Der hinter uns liegende Eisenbahnstreik, sowie der in seinem Gefolge zum Ausbruch gekommene Berliner Gemeindearbeiterstreik zeichneten sich vor allen anderen Streikbewegungen dadurch aus, daß sie sich ausschließlich gegen staatliche und städtische Betriebe richteten. Alle Privatbetriebe wurden in auffälliger Weise verschont. So sind die im Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen nicht bestreikt worden und ebenso haben in den privatwirtschaftlich geleiteten Wasser- und Elektrizitätswerken die Arbeiter an dem Zustand nicht teilgenommen. Selbst der sozialistischen Presse ist diese größere Widerstandsfähigkeit der Privatbetriebe im Vergleich zu den verstaatlichten und kommunalisierten Betrieben aufgefallen. Im „Vorwärts“ hat Friedrich Stampfer festgestellt, daß von den Arbeitern zwischen privaten und sogenannten gemeinwirtschaftlichen Betrieben nur insofern ein Unterschied gemacht werde, als man sich in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben noch viel leichter zum Streik entschließen, weil man hier mit geringeren Widerständen und Risiken rechnen zu können glaubt.

Vor Tisch los man anders. Wie oft ist in sozialdemokratischen Schriften und in der sozialdemokratischen Presse darauf hingewiesen worden, daß nach Durchführung der Sozialisierung und Kommunalisierung das wirtschaftsrechtliche Streiken überhaupt überflüssig sein werde, denn wo es keine Privatunternehmer gebe, wo der Betrieb gemeinmäßig verwaltet werde, da gäbe es auch keine Ausbeutung mehr. Da sei also kein Grund zum Streiken mehr vorhanden. Wenn jetzt aus Grund der gemachten Erfahrung einer der geistigen Führer der Sozialdemokratie in einem Blatte wie dem „Vorwärts“ aussprechen muß, daß in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben nicht weniger, sondern noch mehr und noch leichtsinniger gestreikt wird, als in den Privatbetrieben, so bedeutet das eine Bankrotterklärung des Sozialisierungs- und Kommunalisierungsgedankens, wie sie vernichtender nicht gedacht werden kann. Man überlebe: Nicht nur teurer und mit ungedeuerten Zuschüssen anstelle von Gewinnen arbeiten die schwächer im Vergleich zu den Privatbetrieben, sodas sie die bringen den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht einmal eine Besserung ihrer Lage, die sie zufrieden und die streikbereitschaft macht. Wohl aber erweisen sie sich im Verlauf auf ihre Widerstandsfähigkeit gegen Streiks als schwächer im Vergleich zu den Privatbetrieben, sodas die Arbeitnehmer sogar noch gewissermaßen zum Streiken anzureizen. Das ist allerdings eine Feststellung des „Vorwärts“, die die Lage der sozialisierten und kommunalisierten Betriebe doch empfindlicher macht, sodas jeder Unbekannte notgedrungen zu dem Urteil: „Gewogen und zu leicht befunden“ kommen muß. Man wird das Zustandnis Stampfers und des „Vorwärts“ in Zukunft allen denen immer wieder entgegenhalten müssen, die trotz aller unzulänglichen Erfahrungen noch immer Sozialisierungs- und Kommunalisierungsexperimente aller Art vorzuschlagen und durchzuführen versuchen.

Reichswirtschaftsrat.

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

□ Berlin, 16. Febr. In der heutigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde der Vorschlag über Mieteerhöhung und Mieteerhöhungssätze an den Ausschuss für Wohnungs- und Wohnungswesen zurückerwiesen. Bei der Behandlung des Berichtes des finanzpolitischen Ausschusses über die Änderung der Organisation der Steuerbehörde beschloß die Berichterstatter eine große Reihe von Vorschlägen. Zur Vereinfachung der Finanzämter regte er an, den Gemeinden die Einköpfung der Einkommen bis zu 50 000 Mark und die Veranlagung zur Boden- und Grundbesitzsteuer für 1 bis 2 Jahre zu übertragen. Diesen Vorschlägen stimmte das Plenum debattelos zu.

Anschließend der Brotverteuerung lag im wirtschaftspolitischen Ausschuss eine Entschließung vor, in der die Reichsregierung ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, die Lohn-, Gehalts- und Rentenerhöhungen in den Stand zu setzen, die Folgen der Brotpreiserhöhung in voller Auswirkung zu ermöglichen. Der Berichterstatter demoh daß durch die Brotpreiserhöhung entstandene Mehrbelastung auf jährlich 293 Mark für den Einzelnen, 385 für ein Ehepaar und 1150 Mark für eine vierköpfige Familie. Von Arbeitnehmerseite wurde darauf hingewiesen, daß sich die Lebenshaltung durch die weitere Auswirkung der Brotpreiserhöhung um etwa 50-75 Proz. verteuere. Insofern für eine vierköpfige Familie eine Erhöhung des Stundenlohnes um M. 1.40 bis 2 notwendig sei. Die Entschließung wurde angenommen, worauf sich das Haus auf unbestimmte Zeit vertagte.

Aus dem Beamtenausschuß.

□ Berlin, 16. Febr. Im Reichsausschuß für Beamtenangelegenheiten fand heute im Beisein von Vertretern der verschiedenen Spitzenorganisationen der interessierten Kreise eine Besprechung über die Frage der geltenden Lohn- und Gehaltsliste statt. Nach eingehender Debatte, in welcher die Vertreter der einzelnen Spitzenorganisationen sich ausführlich geäußert hatten, lagte der Ausschuss dem Berichterstatter, Abg. Dohert (Dnat.), die Meinung des Ausschusses dahin zusammen, daß sich kein Redner gegen die geltende Lohn- und Gehaltsliste ausgesprochen habe, nur beständen teilweise Bedenken, ob der gegenwärtige Zeitpunkt bereits für die Umsetzung in die Praxis geeignet sei und ob nicht zuvor die Neuregelung der Besoldung erfolgen soll.

Deutschlands Zahlungsverpflichtungen.

Das alte Lied in der französischen Kammer.

□ Paris, 16. Febr. In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Diskussion über das Finanzgesetz des Recoursableudgets, also für die Ausgaben, die Deutschland nach dem Friedensvertrage zur Last fallen, begonnen.

Der Berichterstatter, Abg. Mymont eröffnete die allgemeine Diskussion, indem er von den Anstrengungen spricht, die Frankreich bis jetzt unternommen habe, um die Ausgaben zu befriedigen, die nach dem Friedensvertrage zu Lasten Deutschlands gehen. Ab 1. Januar 1922 habe Frankreich für das Konto Deutschlands die Summe von 80 Milliarden vorgesehen, und zwar 45 Milliarden für Reparationen, d. h. für Sachschäden, 25 Milliarden für die an Personen zu zahlenden Entschädigungssummen und 10 Milliarden für die abgezahlten Anleihen. Für das Finanzjahr 1922 kommt noch die Summe von 10,577 Millionen Franken hinzu. Wer muß die Ausgabe decken? Der Friedensvertrag habe eine gerechte Entschädigung vorgelesen. Er habe aber in Boulogne, San Remo, Paris und London Abänderungen erfahren, die die Forderungen Frankreichs vermindert hätten. Frankreich werde nur 80 Milliarden Goldmark an Stelle der zu fordernden 130 Milliarden erhalten. Der Redner spricht alsdann von der Mobilisierung der deutschen Schuld durch die Emission der Obligationen. Das habe sich nicht erfüllt. Deutschland habe nicht nur noch nicht bezahlt, sondern der deutsche Steuerzahler sei auch weniger belastet als der französische und die deutsche Regierung habe die Kapitalflucht geduldet. Die deutsche Regierung habe das methodische Defizit des Budgets organisiert und durch die Inflation den finanziellen Bankrott Deutschlands vorbereitet. Wie könne man also unter diesen Umständen behaupten, daß Deutschland Beweise seines guten Willens gegeben habe? Der Berichterstatter spricht alsdann von den Vorschlägen, die die deutsche Regierung kürzlich gemacht habe, um ihre Finanzen zu sanieren. Er lobt den Bericht De Rosteprie und betont zum Schluß, jede Konzession, die man Deutschland mache, jeder Vorteil, den man ihm bewillige, jede Verlängerung der Zahlungsfrist, die man ihm gewähre, hätten die unvermeidliche Folge, dem französischen Staatskassak neue Lasten aufzulegen, die er nur schwer tragen könne. Gewähre man Deutschland Ermäßigungen, so überlaste man Frankreich. Der Berichterstatter fordert schließlich eine internationale finanzielle Solidarität.

Das Wort ergreift hierauf der Abg. Grousson als Vorsitzender des Ausschusses für die besetzten Gebiete. Er wird in seinen Ausführungen, in denen er besonders auf die Tätigkeit der Reparationskommission hinweist und auf die Machtbefugnisse, die ihr der Friedensvertrag zuerkannt habe, vom Ministerpräsidenten Poincare unterbrochen, der erklärt, die Reparationskommission hätte Ursache gehabt, unzufrieden zu sein, weil sie sich fortgesetzt an die Regierung hätte wenden müssen. Von nun an aber werde sie ihre Machtbefugnisse wieder haben. Er habe die Befriedigung, nach dieser Richtung mit den Alliierten sich in vollstem Einverständnis zu befinden. Abg. Grousson erklärt, Deutschland könne zahlen. Er beschwört die Regierung zu dem Beschluß, die unbedingte Ausführung des Friedensvertrages zu befehlen.

Ministerpräsident Poincare erklärt in einer dritten Bemerkung, die deutsche Regierung hätte unter anderem beabsichtigt, eine Zwangsanleihe aufzulegen, deren Ergebnis nicht so produktiv sei, wie man gehofft habe, weil sich der Reichstag geweigert habe, gewisse Bedingungen anzunehmen. Es sei vollkommen unrichtig, zu sagen, wie man jüngst getan habe, daß die deutschen Steuerzahler schwere Lasten tragen als die französischen. Tatsächlich müsse man, um dies feststellen zu können, nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten, die prozinzialen und die kommunalen Steuern zum Vergleich heranziehen können.

Abg. Loucheur unterstützt die Erklärung Poincares und weist auf die Schwierigkeiten hin, die durch den Wechsel entstanden sind. Abg. Grousson beendet seine Rede, indem er sich dagegen verwahrt, daß Frankreich, wenn es seine gerechten Forderungen verfolge, und seine Sicherheiten armehreilichst erfüllen wolle, des Imperialismus und des Militarismus bezichtigt werde. Wenn die Alliierten nicht die 1916 feierlich verkündete Solidarität für den Wiederaufbau wahren, sei eine Katastrophe unvermeidlich.

Die Fortsetzung der Beratung wird sodann auf Freitag vertagt.

England und Irland.

□ London, 16. Febr. Im Unterhaus kam heute der englisch-irische Vertrag zur Verhandlung. Churchill erklärte, der Vertrag müsse einer Zustimmung des irischen Volkes unterbreitet werden. Das irische Volk, sagte Churchill, habe eine Republik errichtet, die Großbritannien nicht als anerkannt habe und niemals anerkennen werde. Die gewählten Vertreter des irischen Volkes haben ein Mandat erhalten, von dem sie nur durch das irische Volk selbst entbunden werden können. Infolgedessen müssen in Irland Wahlen abgehalten werden, durch die die republikanische Idee vollkommen ausgeschlossen wird, und die Einberufung einer konstitutionellen Versammlung ermöglicht wird. Das gegenwärtige irische Kabinett könne nicht an der Macht bleiben, ohne ein Mandat vom irischen Volk erhalten zu haben. Die vorbereitenden Schritte hierfür müßten so schnell wie möglich erfolgen. Wenn das irische Volk den Vertrag ablehnen werde, so würden beide Teile von ihren Zahlungsverpflichtungen befreit sein. Großbritannien ist bereit, den Vertrag zu erfüllen, wenn die Vertreter der irischen Ration ebenfalls dazu bereit sind. Churchill fügte hinzu, vor sechs Monaten habe Großbritannien sich vor aller Welt für die Ereignisse in Irland zu rechtfertigen gehabt. Aber in Zukunft werde das irische Volk zu bemerken haben, ob es fähig sein werde, sich selbst eine fähige Regierung zu geben.

Er sprach die Hoffnung aus, daß der Entwurf vor dem nächsten Monat angenommen werde. Dann werde Irland im März oder im April Wahlen abhalten können. Irland könne das Parlament des irischen Volkes zusammenrufen, um im Mai oder Juni über die Verfassung Beschluß zu fassen. Dann würde das britische Parlament im Juni oder im Juli die Befehle, die der irische Staat angenommen habe, zu genehmigen haben.

Bayern und die Pfalz.

Die staatsrechtliche Stellung des Ministerpräsidenten.

□ München, 16. Febr. Der „Bayerische Anzeiger“ befaßt sich heute in längeren Ausführungen mit der staatsrechtlichen Stellung des bayerischen Ministerpräsidenten, denen er die einleitende Bemerkung voraussetzt, daß die in einem Teil der Presse enthaltenen Bemerkungen zu dieser Frage so falsch gewesen seien, daß eine ausführliche verfassungsrechtliche Darlegung am Platze sei. Diese erlaube umlo mehr gegeben, als sie geeignet sein dürfte, die unzulässigen Annahmen des Baden zu entziehen, als ob die staatsrechtliche Frage der verfassungsrechtlichen Stellung des Ministerpräsidenten mit der Personalität des gegenwärtigen Ministerpräsidenten das geringste zu tun hätte. Aus dem Darlegungen des Bades zu der behandelten Frage ergäbe sich zusammenfassend die Schlussfolgerung, daß die einleitende Besetzung der Staatspolitik (Staatsleitung) ausschließlich dem Gesamtministerium obliege. In mancher Hinsicht sei der Ministerpräsident des äußeren und formalen Ansehens dieser Staatsleitung. Daß dieser Rechtsaufstand jedoch im höchsten Grade unbedenklich sei, solle nicht bestritten werden. „In dessen wie in anderen Punkten“, so schließt das Blatt seine Betrachtungen, „kann eben die bayerische Verfassung den „Kuhm“ für sich beanspruchen, daß sie das reformbedürftigste und unferligste aller Staatsgrundgesetze Deutschlands ist.“

Verhaftung eines kommunistischen Agitators.

□ München, 17. Febr. (Wg. Drahtber.) In München wurde der wegen Begünstigung und wegen Verdacht der Gehilfs zum Hochverrat schon seit längerer Zeit gefasste Robert Schuster Josef Schwarz, geboren am 4. März 1899 in Mannheim, von der Polizei festgenommen. Schwarz gehörte zu jenen Kommunisten, die ihre Heharbeit unter falschem Namen betreiben. Er ist seit der Märzaktion 1921 bei dem Münchener Kommunisten unter dem Namen Kurt Walter bekannt. Schwarz ist Wanderräuber der R.P.D. Eine im Auftrag der Zentrale unternommene Agitationsreise führte Schwarz von Berlin durch das Rheinland, Baden, Pfalz, Württemberg und Ende März 1921 nach München. Do er mit Empfehlungsschreiben eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten versehen war, wurde er von der Münchener Parteileitung zur Propaganda unter der Bandenoffener Verwendung. Schwarz steht im Verdacht einer der drei Genossen zu sein, die anlässlich der mitteldeutschen Aufstandsbewegung zur Vornahme von Sprengungen der Eisenbahnbrücken bei Augsburg und Regensburg bestimmt waren. Nach Verhaftung der Mitglieder der Münchener Parteileitung, die seinerzeit in dem Münchener Sprengstoffprozess verwickelt waren, übernahm er neben dem kommunistischen Opfisch die Geschäfte des Parteileiters. Bei dieser Gelegenheit machte er sich durch Ausstellung falscher Papiere für die seinerzeit von der Polizei gesuchten Kommunisten Häuner und Schlamp der Begünstigung schuldig.

Baden.

Gottfried Leiser †.

□ Karlsruhe, 16. Febr. Im Alter von 63 Jahren ist in einer Heilbronner Klinik der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Gottfried Leiser in Sindolshaus gestorben. Als Mitglied der früheren nationalliberalen Partei, gehörte er den beiden genannten Parteien an, landwirtlich später für die Demokratische Partei und war auch einige Zeit Abgeordneter dieser Partei im Reichstag. Dann trat der Verstorbene wieder zur Deutschen liberalen Volkspartei über und wurde von ihr bei den letzten Landtagswahlen auf eine der Listen gesetzt. Im badischen Landtag ist Leiser wenig hervorgetreten.

□ Karlsruhe, 16. Febr. Die nächste Landtagsitzung findet am kommenden Dienstag, den 21. Februar statt. Die Tagesordnung enthält die Anträge auf Genehmigung der Durchführungsordnung gegen die Abg. Waack (Deutsch) und Spangler (Centr.). Ferner steht zur Beratung des Gesetzes über die Entlastung der Gerichte, die Mitteilung des Justizministeriums über das Beschäftigungsverhältnis der Landtagsverwaltung, sowie über die Urabstimmungsabrede beraten werden.

Letzte Meldungen.

Der englische Kredit an Oesterreich.

□ Wien, 16. Febr. In der heutigen Sitzung des Nationalrates teilte der Finanzminister die Bedingungen ab, unter denen Oesterreich den englischen Kredit erhalten wird. Der Kreditbetrag umfasst in seiner Gesamtheit 2 Millionen 250 000 Pf. Sterling, d. h. es sind in diese Kreditaufnahme jense 250 000 Pf. Sterling eingerechnet, welche Oesterreich bereits im November des Vorjahres erhalten hat. Die Deckung dieser Kredite erfolgt zum Schatzwechsel, die mit 6 Prozent zu verzinsen sind.

Badischer Gärtnerstag.

Am Dienstag, den 14. Februar wurde in der Brauerei Sutter in Freiburg i. Br. die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes badischer Gärtnerbetriebe unter außerordentlich harter Beteiligung der badischen Gärtnerchaft abgehalten.

Der vom Kassier Feil Kocher, Rannheim beauftragte Kassendirektor wurde wie der Jahresbericht einstimmig genehmigt, nachdem Jean Wehler, Mannheim namens der Kassentoren die Entlastung beantragt hatte.

Die Wahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Friedrich Kocher, Mannheim, erster Vorsitzender, Karl Ball, Gaggenau, Stellvertreter, Konrad Scherff, Heidelberg, Schriftführer, Fritz Röh, Rannheim, Kassier, R. Hils, Freiburg, Beisitzer.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Die Arbeitsmarktlage hat sich dadurch etwas verändert, daß eine Anzahl von Arbeitern neue Beschäftigungsmöglichkeiten fand. In den Einstellungen hatte die Metallindustrie und das Baugewerbe vornehmlich Anteil.

National-Theater Mannheim.

Die Siegfried-Aufführung mit vier Oskari! Nur die Herren Schalk, Wähling und Franz, von den Frauen Johanna Lippe, Meier, (Blühende), Frau Karle von Ernst (Name des Karlsruher Waldvogels) und Herr Heinrich Roscoe (Wain) als Herren Siegfried.

Kunst und Wissen.

© Konzerte in Mannheim. Viktor Dinand, ein in Mannheim nicht unbekannter Künstler, stellte sich einer ziemlich zahlreichen Zuhörerschaft mit einem sehr anspruchsvollen Programm vor.

tagmäßigkeiten Betriebsbeschränkungen nach sich gezogen. Im Bekleidungs-gewerbe ist die Marktlage günstig. Der Geschäftsgang im Schuhmachergewerbe ist im allgemeinen ziemlich flau.

Einkommensteuer und abzugsfähige Versicherungsprämie

ORB. Berlin, 16. Febr. In der Presse waren verschiedene Nachrichten erschienen, wonach Unklarheiten darüber bestehen, ob bei den Steuererhöhungen für das Rechnungsjahr 1922 die im Dezember verabschiedete Einkommensteuernovelle schon für dieses Jahr berücksichtigt werden dürfe oder nicht.

Städtische Nachrichten.

Die Aufnahme der Schulanfänger in die hiesige Volksschule.

Am den badischen Volksschulen tritt bei der Aufnahme der vom 1. Mai 1915 bis zum 30. April 1916 geborenen Schulanfänger am Ostern 1922 zum ersten Mal die Wirkung des durch den Krieg verursachten Geburtenrückganges in Erscheinung.

Anlage eines Umschlaghafens am Neckarkanal.

Die Neckarkanalisierung folgt dem Verlauf zwischen Heidelberg und Mannheim dem Flußlauf. Die G. Straße des Kanals mit der untersten Schleufe kommt auf Mannheimer Gemarkung zu liegen.

wurf der Neckarbauverwaltung für die untere Haltung des Kanals. In seiner jetzigen, nach verschiedenen Veränderungen vermittelnd endgültigen Fassung eine Sohlenbreite von 48 Meter und beiderseits Böschungen vor, die bis auf 6,10 Meter am Pegel durch Uferpflasterung befestigt sind.

Wiederherstellung des linksseitigen Neckarvorlandes.

Zur Gewinnung von Spielplätzen hatte die Stadt mit Genehmigung der Wasserbaubehörde und deren Vorarbeiten das linksseitige Neckarvorland von der Ringstraße bis zum Bootshaus der Anriffsstraße aufgefüllt und mit Rasen eingesät.

Auffüllung des linksseitigen Neckarvorlandes oberhalb der Friedrichsbrücke.

Schon längst ist es, so wird in der Stadträtlichen Begründung der Vorlage ausgeführt, als ein dringendes Bedürfnis anerkannt, das linksseitige Neckarvorland oberhalb der Friedrichsbrücke auf die Höhe der Ringstraße aufzufüllen und die Neckarpromenade bis zur Brücke durchzuführen.

Fay's ächte Sodeaner Mineral-Pastillen gegen Husten u. Heiserkeit sind jetzt wieder in altbekannter Güte überall erhältlich.

ist Schumanns. Beethovens einleitende Appassionata zeigte in der Aufführung namentlich der beiden letzten Sätze manches Interessante. Über ein merklicher Mangel an rhythmischer Straffheit schmerzte die Ueberzeugungskraft des Vortrags, der leider auch durch zu häufigen Wechselgebrauch an Klarheit einbüßte.

Der Theateralltagsverband hatte gestern zu einem Julius Weisannabend eingeladen. Der Komponist trat selbst als Vermittler seiner Werke auf, indem er zur Einleitung des Abends zunächst sein op. 27 spielte, einen „Spaziergang durch alle Tonalitäten“, wie er diese Variationen über ein eigenes Thema genannt hat.

© Erla Denijons Tanzabend bedeutet den Abbau der Tanzkunst. Für Mannheim, wo wir Bestes, aber auch Schwächstes und dies wenigstens in funkelndem Rahmen zu sehen bekamen, mußte sich Denijons Galspiel als letztes Ausklammern einer abgelebten Kunst erweisen.

© Theater in Oberbaden. Die Vorstellungen des Konstanzer Stadttheaters in Adolphzell erfreuen sich regelmäßig eines guten Besuchs.

© Im Rahmen der Roskoper Frühjahrswoche wird bei der Aufführung der „Meisterfänger“ Herr Hugo Polzin vom Nationaltheater in Mannheim den Bedmeister singen.

Kleines Feuilleton.

© Die Spafieien starb. Die Kapitän Hüfner, der Meteorologe der Expedition, erklärte, litt Schafleton während der ganzen Reise von Rio de Janeiro nach der antarktischen Insel Südgrönland an neuralgischen Schmerzen in Brust und Rücken; aber er war gegen alle Vorstellungen seiner Freunde, die ihn dringend rieten, beizugehen und sich ärztlicher Behandlung zu unterziehen, taub, da er sehr überzeugt war, daß es sich nur um vorübergehende Schmerzen handelte.

menade und dem Friedhofring würde eine sehr wertvolle Bauplatzfläche von etwa 22 000 Qm. gewonnen werden. Die überaus wichtige Maßnahme konnte bisher schon deshalb nicht durchgeführt werden, weil die Gewinnung der erforderlichen Füllmassen auf Schwierigkeiten stieß. Nun bietet sich hierzu eine nie wiederkehrende Gelegenheit beim Bau des von der Redarbau-Aktien-Gesellschaft auf dem rechten Ufer des Redars auszuführenden Redarkanals. Dort ist es möglich in großem Umfang auszuführen. Diese wird zu Aufschüttungen auf dem linken Ufer zur Verfügung gestellt, wenn die Stadt den Betrag vergütet, um welchen die Förderung teurer wird als bei Verbringung auf die hierfür ursprünglich vom Redarbauamt vorgesehenen Flächen weiter aufwärts am nördlichen Redarufer. Zur Auffüllung sind 80 000 Rm. nötig. Zur Zeit befindet sich an dieser Stelle noch der Materiallagerplatz des hiesigen Tiefbauamts mit Anschluss an die Hauptbahn und die Oberrheinische Eisenbahn. Längs des Ufers liegen ferner die Umschlags- und Lagerplätze für die zu Wasser bezogenen Baustoffe (Zacksteine, Plastersteine, Kies u. dergl.). Der Lagerplatz des Tiefbauamts wird an dieser Stelle aufgegeben, Ertrag soll auf dem gegenüberliegenden Ufer an der Ausmündung des Redarkanals geschaffen werden, während die bisherigen Lagerplätze unmittelbar am Ufer beibehalten werden können, nachdem sie zur Verbesserung des Wasserabflusses herangezogen sein werden. Die Kosten für die hiernach notwendigen Arbeiten im Betrage von 8 820 000 R. werden vom Bürgerausschuss heute angefordert. Wäre die Stadt geneigt, das Auffüllmaterial selbst zu beschaffen, so müßte nach den jetzigen Preisen mit einem Mehrbetrag an Kosten von rund 4 Millionen gerechnet werden. Sollte eine Arbeitslosigkeit größeren Umfangs eintreten, so bringt die Rohstoffe reiche Arbeitslosigkeit. Es darf dann auch ein Ausfluß aus Mitteln für produktive Erwerbslosenfürsorge erworren werden. Erhebungen infolge weiterer Steigerung der Preise und Löhne sind nicht ausgeschlossen.

Fr. Die Metallfingerringe, nach denen von vielen jetzt eine richtige Nachfrage vorangetrieben wird, sind ein vorzüglicher Artikel. Nach Mitteilung verschiedener Zeitungen sollen die Metallfingerringe mit dem Buchstaben J (ein Präfixzeichen, das anzeigt, daß das Goldstück in der Hamburger Münzstätte geprägt ist) angefertigt werden. Dies trifft jedoch nicht zu. Die 50 Pf. Stücke sind aus Aluminium und ein Goldstück hat die vielen Klagen, die nicht alle werden, gründlich bereinigt.

Veranstaltungen.

J. Vorträge- und Rezitations-Abend. Am heutigen Freitag Abend spricht Herr Fried. Walden im Odeon-Theater, D 7, 20, über das Thema: „Die Jenseitswanderung der Seelen und Prophetie Marie Korffens“. Zugleich Rezitation und Einführung in die Werte der persönlichen Anwendung Seelen.

Spielplan des National-Theaters			Nouveau Theater		
Febr.	17.	18.	Vorstellung	19.	Vorstellung
	17.	18.	Das Esels Schatten	7	
	18.	19.	Vater und Sohn	7	
	19.	20.	Götterdämmerung	7 1/2	Bärenhüter 7 1/2
	20.	21.	Judith	7	

Kommunale Chronik.

III. Ködern, 15. Febr. Nach dem hiesigen Vorkurs sind die Einnahmen in Höhe von 655 563 R. Gesamteinnahmen von über 1 1/2 Millionen Mark gegenüber, einschließlich einer Summe zur Bildung eines Betriebsfonds beträgt der zu bedende Gesamtbetrag 970 522 Mark.

w. Landau, 15. Febr. Die Sitzung des Stadtrates war beiderseitig von der Wohnungsfrage, die wohl in keiner anderen Stadt der Pfalz so dringend ist wie hier. Das ist begründet in der großen Garnison. Um der Not abzuhelfen, ist schon viel getan worden, aber eine Besserung ist nicht zu verkennen. Durch die Wohnungsfrage und die unter Führung der Stadt stehende Gemeinnützige Bauvereinsarbeit werden bis Ende 1922 200 Wohnungen bezugsfertig sein. Das Reich hat zwar auch ein Bauprogramm aufgestellt, das insgesamt 186 Offiziers- und Unteroffizierswohnungen umfaßt, von diesen sind aber erst 56 fertiggestellt, dabei ist mangelhaft in der inneren und äußeren Ausstattung, daß sie zum Teil nicht angenommen wurden. In der Besprechung um der ganze Umwille zum Ausdruck, der die Bevölkerung beherzigt, nicht nur gegen die Unzulänglichkeit, sondern auch gegen die Verschleppung der Bauten des Reiches durch die Regierungsstellen in Koblenz und Berlin. Solange die Stadt nicht weiß, welche Höchstzahl von Wohnungen beschlagnahmt werden soll und solange nicht die Verfügung zurückgenommen ist, die der Belassung das Verfügungsrecht über jede freierwerbende Wohnung in erster Linie gibt, so lange ist keine Besserung zu erwarten. Da breiten auch keine Neubauten. Es sind jetzt noch 126 Einzelzimmer und 256 Familienwohnungen beschlagnahmt, durchaus nicht für Militärpersonen allein. In den großen Wohnungen ist nichts mehr zu holen, jetzt geht es an die kleineren.

Pa. Worms, 15. Febr. Ein Volksbad beschloß die gestrige Stadterwerbsversammlung mit einem Kostenaufwand von 3 Millionen Mark zu errichten. 1 Million gibt die Krankenkasse dazu, eine Million wird aus den Ueberschüssen der Kriegswirtschaft entnommen und eine Million bringt die Stadt auf.

Aus dem Lande.

La. Heidelberg, 16. Febr. In der vorigen Woche sind aus dem hiesigen Amtsgerichtsamt vier Strafgefangene ausgetrieben, nachdem sie früher schon wiederholt und oft mit Erfolg dieser Versuch gemacht haben. Zwei der Gefangenen stellten sich wieder ein, weil ihnen Rülpe und Hunger den Aufenthalt im Freien verleideten. Die beiden anderen sind noch nicht gelungen. Die Häufung der Rückfälle zeigt am besten, daß Änderungen am Gefängnisgebäude notwendig sind.

(8) Dorsheim, 16. Febr. In selbstmörderischer Absicht stürzte sich eine ledige Kontantin von hier in den Gewerbetanal, von dessen schwimmenden Haken sie bis zum elektrischen Wert mitgerissen wurde. Dort erlitt sie tödliche Verletzungen und nach lebend ins Krankenhaus geschafft worden. — Um zwei goldene Uhren im Werte von 18 000 Mark betrogen wurde ein hiesiger Juwelier. Bei ihm erschloß ein junger Mann, welcher erklärte, man möge eine Auswahl Uhren in die Prämienzahlung des Krankenhauses direktoren D. Rupp schicken, da man diesen ein Präzium machen wolle. Er begab sich dann zu Frau Dr. Rupp und bot diese, eine von den beiden Uhren, die inzwischen gebracht worden waren zu wählen. Er nahm dann die Uhren an sich und erklärte, die ausgewählte mit einer Widmung versehen zu lassen, die andere aber an das Geschäft zurückgeben zu wollen. Erst dann hat man ihn nicht wieder gesehen. Ohne Zweifel handelt es sich um denselben Gauner, der in Heidelberg einen wertvollen Lederkoffer erschwindelte.

— Freiburg, 16. Febr. Gegenwärtig wird von 22 Prozent der Gesamtschuldnerschaft, nämlich von 687 Studierenden, die Studienstipendien in Anspruch genommen. Von diesen 687 Studierenden stehen 45 Prozent häufiger da und entbehren jeder Unterstützung von Eltern und Verwandten und müssen somit das zum Leben notwendige durch eigene Arbeit oder häusliche Arbeit verdienen. Mehr als die Hälfte der Studierenden, nämlich 68,7 Prozent, verfügt nicht über das Existenzminimum, das hier in Freiburg zur Zeit 700 Mark beträgt. Trotz dieser ungeheuren Schwierigkeiten, die häufig noch eine bedeutende Verschärfung erfahren dürften, läßt sich ein großer Teil dieser, die die höheren Schulen absolvieren, vom Studium nicht abhalten.

— Koblenz, 16. Febr. Der Eisberg hat oberhalb Wommern ein Opfer gefordert. Ein junger Schwäger brach beim Schlittschuhlaufen ein und ertrank. — Eine lustige Geschichte hat sich letzter Tage mit dem gestorbenen See zugetragen. Ein bekannter Geschäftsmann hatte einen Stand mit warmen Wärlchen aufgeschlagen. Doch siehe da, nach geraumer Zeit schmolz die eiserne Unterlage und der Rest mit den Wärlchen versank in die Tiefe.

Aus der Pfalz.

Hochloß, 16. Febr. Im Krankenhaus zu Neustadt a. S. liegt ein Eigentümer mit nicht weniger als 12 Wellerischen im Kopf. Sein Zustand ist derart, daß eine Wiedergewinnung ausgeschlossen ist. Der Mann war an einer großen Zigarettenfabrik beteiligt, die sich in der Nacht zum Dienstag in Hochloß abspielte. Infolge eines Herzwirfens, bei dem das Zwischenglied eine Rolle spielte, trennte sich die aus etwa 16 Köpfen bestehende Bande in zwei Lager. Nachdem sich die Parteien in den Wirtschaften den nötigen Mut angetrunken hatten, kam es in einer Wirtschaft in der unteren Vorgasse zum ersten Zusammenstoß, wobei die Parteien sich tüchtig verprügelten. Der Wirt mußte die Polizei zu Hilfe rufen, die mit einem Polizeibeamten erschien. Dieser sagte so kräftig an, daß einige der Eigentümer buchstäblich ausgezogen wurden und die Wellerischen nur so herumfliegen. Nachdem die Kämpfenden auf diese Weise vertrieben waren, verlegte sie die Schläge auf das freie Feld, wobei sowohl das Messer als die Schußwaffe in Gebrauch genommen wurden. Außer dem eingangs erwähnten, lebensgefährlich Verletzten sind noch drei weitere Eigentümer schwer verletzt. Rühn der Beteiligten wurden am Dienstag früh durch die Gendarmerie verhaftet und ins Neustädter Amtsgerichtsgefängnis gebracht.

Neustadt a. S., 16. Febr. Eine weitere Episode spielte sich dieser Tage beim hiesigen Stadtrat ab. Das Kollegium hatte unter Führung des ersten Bürgermeisters die hiesigen Werke beauftragt und laubte zum Schluß im Neustädterhof des hiesigen Schlosses, wo man eine kleine Nachbühnung abhielt. Da in letzter Zeit in der Zerstreuung über das hiesige Werk gefaselt worden war, läßt diese Neustadt auch das Gespräch des Kollegiums, zumal es unterdessen dunkel geworden war und der Wirt die Gastgänger schickte. Der ebenfalls anwesende hiesige Stadtdirektor Ohmann hatte nun die unangenehme Aufgabe, sich gegen die wie ein Vogelweiser auf ihn niederfallenden Vorwürfe zu verteidigen. Er tat dies zunächst mit der Schamhaftigkeit, daß der Stadtrat das eigentlich noch zu tun sei, wenn er einseitig eine Resolution (Wortwahl) mehr als das hat andere Städte. Damit wäre eigentlich der Stadtrat abgelehnt geführt gewesen. Doch mit der Geduld, die in kein einiger Augen zu sehen, und das Unglück fürchte nicht, im nächsten Augenblick verlor er wieder einmal das Gesicht, was in letzter Zeit in den ersten Abendstunden des Colosseum der Fall war. Der Stadtrat sah also im Dunkeln, gemäß der geeigneten Situation, um über die Beschlüsse zu beraten. Daß hierbei der Herr Stadtdirektor in peinliche Berlegenheit geriet, läßt sich denken. Zunächst glaubte man, daß an der Darstellung etwas nicht in Ordnung sei, abermals sah aber bald, daß es sich in der Tat um den unangenehmen Druck von Ohmann an handelte. Jetzt wurde der Herr Stadtdirektor mit der Mitteilung beauftragt, daß er eine Dien im Wert von 20 000 Mark sei. Im übrigen aber laute das schändliche Urteil dahin, daß die Zeitungshörer teil zu emp, daß durch den langen Gebrauch solcher Anzeigen nach unten bewegt seien. Schließlich ist in letzter Zeit sehr daran, die Ohmann nun einzuzeichnen, jedoch mit als für die Zukunft mit einer Besserung werden rechnen können. Die Genehmigung der Beibringungen allerdings hat bis jetzt noch nicht auf der Tagesordnung des Stadtrats gestanden.

Nachbargebiete.

Die Millionenverleste der Landwirtschaftskammer. sw. Darmstadt, 17. Febr. Der Reichsausschuss beschäftigte sich zum zweiten Male mit dem Millionen. Auf der Landwirtschaftskammer. Nach langer, zum Teil lebhafter Debatte konnte die Angelegenheit nunmehr zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Die ursprüngliche Vorlage der Regierung sollte der Kammer zur Abänderung der Salutschuld des unbeschränkten Umlagerecht geben. Diese Vorlage wurde abgelehnt. An anderer Stelle, die gesamte Schuld in der Höhe von 25 Millionen Mark auf die Staatsschuld zu übernehmen, fand ebenfalls keine Mehrheit. Die Regierung brachte darauf eine neue Vorlage ein, die mit gewissen Abänderungen schließlich Annahme fand. Danach wird nunmehr der Landwirtschaftskammer anstelle des unbeschränkten Umlagerechts die Erlaubnis zur Erhebung einer Sonderumlage gegeben, bei der jedoch die Verbandsangehörigen mit einem Umlagepflichtvermögen von unter 2000 Mark freizulassen sind.

Berichtszeitung.

Berlin, 14. Febr. Im Badstuber-Prozess, der am 7. November 1921 begonnen hat und sich gegen nicht weniger als 24 Angeklagte richtete, baute das Plädoyer fast eine Woche. Der Vertreter der Angeklagten wies darauf hin, daß durch die Fests. Cler., Reich- und Kartellschließungen, die Angeklagten während der Zwangsversteigerung die Allgemeinheit nicht nur schwer geschädigt haben, sondern größtenteils auch große Unbegünstigung eingeleitet hätten. Angeklagt sind u. a. der Stadtdirektor Badstuber, der die Lebensmittel der Stadt Katowitz, der Bürovorsteher Wahlamet, der als Bürovorsteher der Feinstelle Dornau ohne Erlaubnis des maßgebenden Regierungsorgans dem Badstuber Hilfe leistete, die dieser dann durch andere ebenfalls auf der Angeklagten stehende Personen an Inhabilitäten, Kommunen und Privatpersonen verschob, und Hilfer, der in Dornau das Lager der Feinstelle für rationierte Feite für Oberflächen zu verwalten hatte und von dieser Stelle Feite lieferte. Auf diese Weise verschaffte sich besonders die eben genannten drei Angeklagten Hunderttausende von Mark. Wegen Hehlerei, Bucherheben, Beamtenbestechung, Begünstigung usw. beantragt der Anklagevertreter folgende Gesamtforderungen gegen Badstuber und Wahlamet: 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Hilfer 6 Jahre Zuchthaus, 120 000 Mark Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust, gegen den Kaufmann Bobo Paul (Dresden) 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Kaufmann Karl Paul (Dresden) 2 Jahre Zuchthaus; gegen die übrigen Angeklagten wurden geringere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen beantragt. Insgesamt wurden beantragt 30 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 10 Jahre 6 Monate Gefängnis, 166 500 Mark Geldstrafe, Einziehung von 2 094 794 Mark Liebesgaben und Bekämpfung der Verlesungen in Höhe von 480 780 Mark. Heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Anklagevertreter und den 14 Verteidigern gab es wegen des Auftrags des ersten Staatsanwalts, die Angeklagten, gegen die Zuchthausstrafe beantragt wurde, sofort in Haft zu nehmen. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Das Urteil in diesem riesigen Prozess, das dem Schlichter- und Bucherheben gilt und absehend wirken soll, ist im Laufe dieser Woche zu erwarten.

Neues aus aller Welt.

— Die Todeshochzeit. Aus Szegedin meldet die „Wiener Neue Freie Presse“: Am vergangenen Sonntag früh wollte ein Hochzeitszug in vier Bauernwagen nach Ungarisch fahren. Sowohl die Kutscher als auch die Gassen waren besetzt, als sie mit ihren Wagen die zugefrorenen Theil polieren wollten. Obwohl der dortige Führer ihnen einführte, langsam zu fahren, irrieten die Kutscher dennoch die Pferde mit den Wagen nebeneinander in hartem Trapp über das Eis. In der Mitte des Stromes brachen die Wagen ein und versanken in den eisigen Fluten. 27 Männer und Frauen fanden den Tod in den Fluten. Nur eine Kranzjungfrau konnte von dem Führer gerettet werden.

— Opfer des Winters. Beim Rodeln am Schwarzen Berg bei Grödenz fuhr ein junges Mädchen mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß das Gesicht buchstäblich zerstückelt wurde. Die Schwereverletzung starb kurz nach der Einlieferung in das Grödenzer Krankenhaus. Zur gleichen Stunde und auf derselben Höhe kam beim Rodeln der Schuttpolstler Ernst Bötzel von hier zu Fall und erlitt einen schweren Oberschenkelbruch. — Auf dem Himmelsweg von Grödenz nach Nibberod beunruhigte die hiesige Arbeiter Lorenz Amberg den kürzeren Weg über den zugefrorenen Wein. In der Mitte des Stromes brach er mit seiner 12jährigen Tochter, die ihn begleitete, ein und versank in den Fluten. Da die beiden Personen sofort unter dem Eise verschwanden, war eine Rettung unmöglich.

— Eine zeitgemäße Verfügung. Die Polizeiverwaltung der Stadt Koblenz hat auf Grund verschiedener Polizeiverordnungen, darunter eines vom März 1890, eine Verordnung für den Bereich der Stadt Koblenz mit sofortiger Inkrafttreten erlassen, wonach weiblichen Personen unter 20 Jahren verboten ist, Lokalitäten zu besuchen, in denen monatlich mehr als einmal Gelegenheit zum öffentlichen Tanz geboten ist.

Handel und Industrie.

Abflauung in der Eisen- u. Stahlwarenindustrie.

Vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld wird uns geschrieben: Die Lage der Eisen- und Stahlwarenindustrie im Monat Januar war in den einzelnen Bezirken nicht völlig übereinstimmend. In Solingen ist gegenüber dem Vormonat ein langsames, aber stetes Nachlassen der Beschäftigung zu verzeichnen. Nach übereinstimmenden Mitteilungen machen sich die Anzeichen des Niederganges der Konjunktur in bedeutend stärkerem Maße bemerkbar als in der letzten Hälfte des Monats Dezember. Die Verkaufspreise haben ihre Entwicklung nach oben beibehalten, was aus den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen leicht erklärlich ist. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Preise der Solinger Schneidwaren im allgemeinen nicht mehr weit von den Weltmarktpreisen entfernt sind. In manchen Spezialartikeln scheint bereits der Weltmarktpreis überschritten zu sein. Zu dieser Entwicklung haben die chronisch gewordenen Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeitnehmerschaft zum wesentlichen beigetragen. Zurzeit liegen neue Forderungen der kaufmännischen Angestellten und Teilforderungen der Heimarbeiter vor. Die Forderungen der Angestellten sind mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage abgelehnt worden. Die Aussichten sowohl für die Fabrikanten als auch für die Arbeitnehmer dürften nicht die besten sein. Den Arbeitgebern stehen neue Lasten bezüglich der Gewerbesteuer und des Wohnungsbaues bevor. Die Weltmarktpreise sind in aller Kürze erreicht, und was das für die Industrie, speziell für die Solinger Schneidwarenindustrie, bedeutet, ist sich jeder, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, des Solinger Industriebezirks bewußt. In Remscheid ist ganz allgemein festzustellen, daß der in den Vormonaten befruchtete starke Konjunkturrückgang noch nicht eingetreten ist, daß vielmehr nur eine geringe Abflauung aus den einzelnen Meldungen hervorgeht, die jedoch noch nicht ohne weiteres den Schluß zulassen, daß ein völliger Umschwung der Marktlage bevorsteht. In der Velberter Schlösser- u. Beschläge-Industrie hat die Geschäftsentwicklung etwas nachgelassen, wenn auch einzelne Firmen über ausreichende Beschäftigung und genügend Aufträge berichten, haben doch ebenso viele andere nur noch sehr geringe Eingänge an neuen Aufträgen zu verzeichnen. Die Rohstofflieferung wird bemängelt und über die Forderung hoher Aufpreise auf alle Abschüsse zu billigen Preisen geklagt. Die Auslandskundschaft ist mit Aufträgen zurückhaltender geworden. Die Kaufkraft ist infolge der Marktschwankung gering. Der Eingang von Aufträgen war fast in der gesamten Kleinteileindustrie geringer als etwa noch vor Mitte Dezember v. J. Bitter geklagt wird über die schlechte Befestigung der Fertigverarbeitung an Halbzeug, Stabeisen, Walzdraht usw. In vielen Erzeugnissen ist offenbar ein Preisanstieg erreicht, der den Käufern die Eindeckung im bisherigen Maße unmöglich macht. Wenn noch die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Frachterhöhung, die Erhöhung der Kohlensteuer, die Erhöhung der Löhne durch Ablösung der Brotzinsen durchgeführt wird, dürfte ein Stand erreicht werden, der aus Mangel an Kaufkraft und Kaufkraft den Werken nicht mehr genügend Beschäftigung bringen wird. Es wird deshalb gerade für die nächste Zeit eine Verschlechterung der Lage befürchtet.

Vereinigung Mannheimer Banken und Bankiers.

Wie aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil vorliegender Nummer ersichtlich, haben die der Vereinigung angehörenden Banken und Bankiers beschlossen, im Hinblick auf die Entscheidung des Reichsgerichts nach wie vor jede Bankauszahlung von Verrechnungsschecks abzulehnen. Wir verweisen im übrigen auf die Anzeige.

Pfälzische Hypothekbank in Ludwigshafen a. Rh.

In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Pfälzischen Hypothekbank erstattete die Direktion unter Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung Bericht über das Geschäftsjahr 1921. Danach beträgt der Gewinn 3 059 775 M gegen 3 067 357 M im Jahre 1920. Der Aufsichtsrat wird am 14. März d. J. der G.-V. vorschlagen, auf das Aktienkapital von 19 Mill. M wieder 9% Dividende zu verteilen.

Gebrüder Großmann A.-G., Brombach in Baden.

Die Gesellschaft, deren Aktien bisher ausschließlich in den Händen der Familie der Vorbesitzer waren, hat nunmehr ihr ursprüngliches Grundkapital von 6 Mill. M auf 38 Mill. M erhöht durch Ausgabe von 30 Mill. M Stamm- und 2 Mill. M Vorzugsaktien. Diese Emission wurde auf Rechnung eines Bankkontos von der Bank für Handel und Industrie, Pfälzische Bankgesellschaft, die zu den bedeutendsten und ältesten süddeutschen Textilunternehmungen zählt und neben einer umfangreichen Baumwollweberei eine Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt betreibt, auch im laufenden Jahr gut beschäftigt. Anlässlich der Kapitalerhöhung fanden neue Zuwahlen zum Aufsichtsrat statt, dem nunmehr auch Dr. Heinrich Pflanzheim, Direktor der Bank für Handel und Industrie, Pfälzische Bankgesellschaft, und Regierungsrat Dr. Ludwig Jansen, Direktor der Rheinischen Creditbank in Mannheim, angehören.

Zur Lage der Rheinschiffahrt.

Die Rheinschiffahrt ist am 15. Februar wieder aufgenommen worden. Der Rhein und die Mosel sind eisfrei, dagegen ist eine Fahrt auf dem Neckar und den Kanälen noch ausgeschlossen. Der Schlepplohn in der Fahrt im Tal wird 800% über Normaltarif berechnet, der Bergschlepplohn stellt sich von der Ruhr nach Mannheim auf 60 M pro Tonne und Tag. Auf der Oberrheinstraße von Mannheim nach Karlsruhe auf 18-20 M, von Mannheim nach Straßburg auf 45-50 M. Auf der Strecke von Dornum nach der Ruhr wird der Schlepplohn nach dem 45-50 M-Tarif berechnet. Die Schiffsätze betragen auf der deutschen Strecke 60 M, auf der holländischen Strecke 2 ct. und auf der belgischen Strecke 5-7 cent. pro Tonne und Tag. Der Wasserstand ist günstig, sodaß die Schiffe bis zu 2 m abgeladen werden können, am Oberrhein nach Straßburg bis zu 1,80 m. Die Güterzufuhren zum Schifftransport bleiben verhältnismäßig klein, als Folge bzw. Nachwirkung des Eisenbahnverkehrs und wegen der zugefrorenen Kanäle.

Zusammenschluß-Bestrebungen in der mitteldeutschen Zuckerindustrie. Wie die „Halle'schen Nachrichten“ zuverlässig erfahren, steht die Rositzer Zuckerraffinerie in Verhandlungen zwecks Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Zuckerraffinerie Döllsch, einer der größten Zuckerraffinerien Sachsens. Das gleiche Blatt berichtet, daß auch süddeutsche Zuckerraffinerien, wie Waghausel und Frankenthal, Konzentrationsbestrebungen verfolgen.

Die deutschen Sparkassen. Nach Veröffentlichungen in der „Sparkasse“ weisen die Spurenlagen bei den gesamten deutschen Sparkassen im Dezember mit 1600 Mill. M die stärkste Zunahme des verflorenen Jahres auf. Im November und Oktober v. J. wurden 4 Milliarden M abgehoben gegen 450-500 Millionen in den gleichen Monaten der beiden Vorjahre. Im ganzen haben sich die Sparkassen einlagen im Jahre 1921 um 2,6 Milliarden vermehrt gegen eine Vermehrung von 6,2 und 4,6 Milliarden M in den Vorjahren.

National-Theater Mannheim.
 Freitag, den 17. Februar 1922
 22. Vorstellung in Miete. Abteilung B
 (Mit 2. Parkett B 28)

Des Esels Schatten
 Lustspiel in drei Aufzügen (mit freier Anlehnung an Wielands Abeselen) von Ludwig Fulda.
 In Szene gesetzt von Hanns Lotz.
 Personen u. Nr. 73 unserer Zeitung.
 Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 1/4 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr
Der neue Faschings-Spielplan
 Gastspiel S 254

Gebrüder Gailer
 in ihr Sensat.-Akt „Der Tempelsturz“
E. Van de Velde & Compagnie
 im Zigeunerlager
 Ferner die Produktionen des Humors
Ercito & Ercito **Lohrres**
Sossen **Häckerler**
Corieus **Brenig & Smé**
 Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr
Große Fremdenvorstellung.

K. R.
Kabarett Rumpelmayer
 Täglich abends 8 1/2 Uhr. Sonntags 4 u. 8 1/2 Uhr
Große Vorstellungen.

Kaffee Hohenzollern
 Rumpelmayer
 Heute Freitag, den 17. Februar, abds. 8 Uhr
 Das beliebte 1502
Extra-Konzert
 mit Kabarett-Einlagen.
 Eintritt freil! Eintritt freil!

Jugendtheater im Liedertafelsaal.
 Samstag, 18. Febr., nachm. 1/4 4 Uhr
Goldhärchen u. Rubezahl.
 Karten bei Levy, U 1, 4. Sonntag keine Vorstellung.
 9799

Kammer-Lichtspiele
 Spielplan von Freitag bis Montag
Das grosse Radiumgeheimnis
 Der amerikanische Riesenfilm in 6 Abteilungen (35 Akten)
3. Teil: In der Gewalt eines Wahnsinnigen
 Das große Radiumgeheimnis bringt Sport und Dramatik in höchster Vollendung, zeigt Anmut und Grazie schöner Frauen, nämlich der beiden tollkühnen Film-Diven:
Eileen Sedgwick u. Cleo Madison
 Es bringt Meisterleistungen d. bekannten Champion-Boxers **Bob Reeves** (Jeden Freitag folgt eine Fortsetzung)

Die Todesleiter
 Sensations-Absenauer-Schauspiel in 6 Akten.
 Hauptdarsteller:
Luciano Albertini

UT
 Vom 17. bis 23. Febr.
Die Abenteurerin von Monte Carlo
 II. Teil: Marokkanische Nächte mit Ellen Richter
 Regie: Adolf Gletner.
 Lustspiel in 3 Akten.
Caplin, der Sträfling.
 Wochenschau Nr. 6

J. J. 3-4, Beck's Kaffee Friedrichsbau.
 Das glänzende neue Attraktions-Programm
 Gisela Konrady, die brillante Kunst- und Charakterjodlerin. — Merry Wolff, der singende, tanzende Kobold. — 2 Konio, Musikal. Attraktion. — Konrady Skustar, der glänzende Humorist. 9931
 Eintritt und Programm freil!

Montag, 20. Febr., abends 7 1/2, Musensaal
Gastspiel des großrussischen Balalaika-Orchesters
 Leitung: Dr. Eugen Swerkoff
 unter Mitwirkung der russischen Soloflötisten:
Alexander Maxtmoff
Waldemar Rubschkowsky
Helene Sakulskala.
 Karten zu M. 25., 20., 15., 12., 10., 8. u. 6. u. Steuer, v. 8 1/2—12 1/2. 2 1/2—6 an den Konzertkassen: Heckel, O 3, 10, Mannh. Musikhaus, P 7, 14a. 1606

Schauburg

 Wir vortragen die Titel unseres erstklassigen Großstadtspielplans nicht, wir sagen nur, daß wir unser Künstlerhaus-Orchester deswegen auf **15 Mann** vergrößert haben. S 270
Kommen! Sehen! Staunen!

Das Dianabad, T 3, 5
 ist wieder geöffnet!
 P. Reunert.

Volks-Theater, U 1, 6
 Ab heute! 17. Febr. Ab heute!
LUCIANO ALBERTINI
 in dem großen Abenteuer-Sensationsfilm
Die Todesleiter
 6 Akte! Außerdem 6 Akte!
Lotte schlebt!
 Lustspiel in 3 Akten mit Hilde Wörner. S 298
 Volkstheater, O 1, 6

Frische Margarine 1 Pfd. - 24., - 26., - 28.
Cocosfett, offen u. in Tafeln gar. reln. amerik. Schweineschmalz
 Steril, ungezuckerte Vollmilch
 Cond. gezuck. Vollmilch
 Ia. Suppen-, Gemüsendeln 1 Pfd. 8.50
Makkaroni offen und in Paketen
 Weißer Grieß . . . Pfund 6.-
 Ia. Weizengrieß . . . Pfund 7.50
 Haferflocken Pfund 5.50
Quäker Oats — Hohenlohese Haferflocken
 Pflaumen — Apfelschnitten
 Birnen — Mischobst
 Täglich frische Kuchen 300 gr. Stück 5.-
 Weißbrot 2-Pfund-Laib 7.80
 Brötchen u. Dampfnudeln St. 80 Pfg.
Johann Schreiber. 5378

An unsere Kundschaft!
 Im Hinblick auf die Entscheidung des Reichsgerichts vom 10. August 1921, wonach der Verrechnungsvermerk auf dem Scheck nur den Bezogenen, nicht aber auch etwaige Zwischenerwerber zur bargeldlosen Erstattung des Gegenwertes verpflichtet, haben die der unterzeichneten Vereinigung angehörenden Banken und Bankiers beschlossen, nach wie vor jede Barauszahlung von Verrechnungsschecks abzuwehren. 1506
Vereinigung Mannheimer und Ludwigshafener Banken und Bankiers.
 Mannheim-Ludwigshafen, im Februar 1922.

Miss Venus
 Die größte Filmoperette der Welt von Ludwig Czerny und Georg Okonkowski
 Musik von Hans Ailboud u. Tilm Springfeld
 in den Hauptrollen: S 276
Ada Svedin
Charles Willy Kayser u. a. m.
 Unter persönlicher Mitwirkung eines erstklassigen Ensembles Berliner Sängern und Sänger.
 Eine neue Filmoperette — und ein unbestrittener Sieg auf der ganzen Linie. Ein Werk, das in seiner gewissenhaften, tiefen Durchkomposition ganz Operette ist, vom ersten Takt bis zur letzten Färbung — und das in seiner einwandfreien Notenbehandlung unter dem Einfluß einer Gewähr für bedingungslose Durchführung des künstlerischen Willens ist, der bei der Komposition maßgebend war. Dazu ein Film, der in seiner Regie, seiner Darstellung und Photographie voller köstlicher Spielereien ist, hervorragend sauber in jeder Szene u. amüsanst in seinen burlesken, exzentrischen Ideen.
 Vorstellung 4, 6 und 8 Uhr.
 Verstärktes Orchester.

Palast-Theater
 Ab heute bis Montag
 Der beste amerik. Sensations-Episoden-Film
Das große Radiumgeheimnis
 Die Hauptdarsteller Eileen Sedgwick u. der Champion-Boxer Bob Reeves übertreffen Albertini und Edl. Polo
Der Bucklige u. die Tänzerin
 Filmroman mit tragischem Inhalt in 5 Akten.
 In der Hauptrolle Santa Gura. S 294

Lindenhof-Lichtspiele
 Ab heute bis Montag
Das große Radiumgeheimnis
 Die Hauptdarsteller Eileen Sedgwick u. der Champion-Boxer Bob Reeves übertreffen Albertini und Edl. Polo
Der Bucklige u. die Tänzerin
 Filmroman mit tragischem Inhalt in 5 Akten.
 In der Hauptrolle Santa Gura. S 294

Kolosseum-Lichtspiele
 Ab heute! In beiden Theatern!
Großes Doppelprogramm! Nur 4 Tage!
Die Mohikaner von Paris
 Sensations-Drama in 6 Riesen-Akten
 Nach dem bekannten Roman von Alexander Dumas.
 S 290 Pabelhaft in Spiel, Sensation und Spannung.
 Außerdem im Kolosseum: **Der Gespensterklub**
 Spannendes Detektiv-Drama in 5 Akten
 Außerdem im Walhalla: **Hamlet**
 Dramatischer Kunstfilm in 7 Akten mit Asta Nielsen.
 Anfang 5 Uhr. Eintrittspreise von Mk. 5.— bis 9.—
Walhalla-Lichtspiele
Drucksachen für die gesamte Industrie liefert prompt Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H.

Old fellow Hans
 D 7, 25.
 Freitag, 17. Februar
 abends 8 Uhr
 1. poet.-gest. Vortrag
 „Die Geisteswanderung der neugeschichtlichen Science u. Hypothese“
 „Merle Ruffier“, Rede: „Vred Walben“
 Briefe 3 u. 5 1/2 u. 8 1/2 ab. 8 1/2

Geldverkehr
Guten Verdienst durch stille Beteiligung
 Zur Erweiterung eines gutgehenden Geschäftsbetriebes (maßgebend strategisch) sucht arbeitstüchtig und zuverlässig arbeitender Geschäftsmann mit Kapitalanlage von etwa 20,000 Mark gegen hohen monatl. Gewinnanteil. Jährl. unter P. L. 25 an die Geschäftsstelle 9777

Hypothekengelder
 an erster und zweiter Stelle zu günstigen Bedingungen zu vergeben. Heinrich Freyberg, Tel. 1464. S 6, 24. 9788

Miet-Gesuche
 für ruhige Quartiere L. und 15. März
1 guttbl. Zimmer
1 einfach. Zimmer
 gesucht. 718
 Rosengarten - Restaurant (Christliche Festhalle)
Einf. möbliertes Zimmer
 per sofort gesucht. 717
Stark, B 1, 3.
 Frauen suchen Schlafstelle gegen Miete im Parkhaus Wg. u. O. Q. 25 an die Geschäftsstelle 9777

Wohnungs-Tausch
 Tauche 2 Zim. Wohnung in Rastatt gegen 100 qm. Wohnfläche in Mannheim oder Umgegend. Wg. u. O. W. 28 an die Geschäftsstelle 2. W. 9784

Vermischtes
 Mittlerer Gehaltsverdienst mit einer Gehaltszahlung wöchentlich sucht für 1922 tüchtigen **Dirigenten**
 Geh. Jährl. mit Gehaltsanhang, ant. R. E. 42 an die Geschäftsstelle 9777

Buchhalter
 empfiehlt sich zum Nachtragen von Büchern, Rechnungen, Bilanz und Konten. In den erbetenen Fällen. Geh. Jährl. mit Gehaltsanhang, ant. O. U. 28 an die Geschäftsstelle 9777

Zum Weißsticken
 bei Monogramme oder bei williger Vereinbarung Frau Frieda Weitz 1. 7. 7. A. 24. 9777
 Frauen geht ins Haus
Nähen
 von einfachen Kleidern und Blüden. Gehaltsanhang, ant. R. E. 42 an die Geschäftsstelle 9777

Schnauzer
 (Kleinstwürger) gezeugt 13 Jahre, aus dem Namen „Schwarz“ hören, gelblich abhandeln bekommen
 abhandeln bekommen
 Gehaltsanhang, ant. R. E. 42 an die Geschäftsstelle 9777

Neuer Medizinal-Verein
 Mannheim u. Umgebung
 gegründet: F. Thorbecke 1899. V. a. O.
Hauptbüro: Mannheim, S 2, 4
 Allgemeine Einzel- und Familienversicherung für Arzt, Apotheker, Krankehaus mit Sachversicherung
 Eintritt jederzeit
 Vorstand: Jos. Haensch, Oppauerstraße 48
 Kassier: Kromer, Bahnhof
 Schriftführer: F. Ruf, Hauptstraße 44
 Redakteur: Uhly, Diers Hauptstraße 4
 Schatzmeister: A. Waidner, Hauptstraße 5
 Ehrenmitglied: H. Hörner, Hauptstraße 14
 Schriftführer: F. Walbel, am Bahnhof 912
Königs Ungeziefer-Vertilgungs-Institut, J 1, 18
 vertilgt
 Wanzen
 Käfer
 Motten
 Fliegen
 Mäuse
 Ratten
 u. s. w.
 desinfiziert Krankenzimmer, beste Vorbeugung gegen Keimübertragung durch alle Kleintiere (männlich oder weiblich) potentiellen Verfallsorten. Preis je nach Größe des Zimmer M. 50.— bis 80.—. Desgleichen werden alle Temperaturen an Gas, Wasser, elektrisch u. chemisch leitungen sofort beseitigt, gewissenhaft ausgeführt.
 J 1, 18 König Tel. 3328